

Übersichten

Oktober 1998

Außenpolitik

1 China unterzeichnet das Menschenrechtsabkommen

Der Menschenrechtspakt (UN International Covenant on Civil and Political Rights), in dem vor allem bürgerliche Freiheiten nach westlichem Verständnis verankert sind, ist von der UNO-Vollversammlung 1966 beschlossen, 1967 ratifiziert und bis Ende 1997 von 140 Nationen unterschrieben worden.

Nunmehr hat sich auch die Volksrepublik angeschlossen. Am 5. Oktober setzte Chinas Ständiger Vertreter bei der UNO, Qin Huasun, in New York seine Unterschrift unter das Dokument. Dabei betonte er, daß China – ein Entwicklungsland mit einer Bevölkerung von 1,2 Mrd. Menschen – sich der Wichtigkeit des „Rechts auf Leben und Entwicklung“ bewußt sei und daß es auch die „individuellen Menschenrechte“ hoch einschätze (XNA, 5.10.98). Bezeichnend ist bei dieser Erklärung bereits die Reihenfolge: Zuerst die Sozialrechte – und dann, mit weitem Abstand erst, die individuellen Menschenrechte, wie sie nach westlichem Verständnis eigentlich an erster Stelle stehen.

Eine ähnliche Konvention hatte China bereits 1997 unterzeichnet, und zwar über „wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“, ohne daß bisher allerdings die Ratifizierung erfolgt wäre.

China hatte seinen Entschluß, auch die Menschenrechtskonvention zu unterzeichnen, am Vorabend des Besuchs der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, bekanntgegeben, die sich vom 6. bis 15. September in der VR China aufhielt und sich dort auch mit der Provinzregierung der AR Tibet ins Benehmen setzen konnte. Beim Besuch Robinsons war auch ein „Memorandum über die künftige Zusammenarbeit“ unterzeichnet worden. Die chinesischen Repräsentanten waren nicht müde geworden, Frau Robinson während der ganzen Dauer ihres Besuchs immer wieder auf das Sozialrechtsengagement der VR China hinzuweisen, das beim Kampf gegen das Hochwasser am Yangzi und am Nenjiang doch ganz besonders zutagegetreten sei.

Bei der Unterzeichnung machte Beijing lediglich zwei Vorbehalte, nämlich hinsichtlich des Rechts auf die Arbeitsplatzwahl, das nicht für Hongkong gelten dürfe: Hongkong müsse das Recht behalten, Arbeitskräfte aus der VR China abzuschirmen, da die 6-Mio.-Stadt sonst vom Strom der Zuwanderer überschwemmt würde. Der zweite Vorbehalt bezog sich auf das Recht der Gewerkschaften zur Bildung eigener Organe. Dieses Recht der VRCh-Gewerkschaften müsse ebenfalls im Hinblick auf Hongkong eingeschränkt werden (SCMP, 15.10.98).

Die Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention verpflichtet die VR China zumindest de iure zu fast gar nichts. Freilich ist innerhalb eines Jahres nach der Unterzeichnung ein Bericht über die Menschenrechtsslage abzugeben sowie alle weiteren fünf Jahre ein entsprechender Bericht nachzuschicken.

Aber selbst hinsichtlich des Inhalts dieser Erklärungen besteht Gestaltungsfreiheit, so daß alles mögliche berichtet werden kann – vornehmlich über die Errungenschaften bei den Sozialrechten!

Der Unterzeichnungsmonat war, was die Menschenrechte angeht, gut gewählt: Im Oktober wurde beispielsweise

se der 20. Jahrestag jener Wandzeitungskampagnen gefeiert, die das Ende des maoistischen Zeitalters und den Beginn der Reformen begleitet hatten und die seinerzeit von den Aktivisten als ein Augenblick der Befreiung und des Aufbruchs zu neuen politischen Ufern empfunden worden war.

Eingeleitet worden war die Bewegung am 11. Oktober 1978 mit einer *dazibao*, auf der Freiheit, Demokratie und Respekt für die Menschenrechte gefordert worden waren – und zwar an einer Straßenkreuzung am zentral gelegenen Xidan-Markt in Beijing.

Nachdem sich die Reformer anfangs noch nachsichtig gezeigt hatten, erfolgte schon bald die Festnahme zahlreicher Aktivisten.

Zu den Verhafteten gehörte u.a. Wei Jingshen, damals ein Elektriker im Beijinger Zoo, der seine Demokratieforderungen via *xiaobao* (kleine Zeitungen) und *dazibao* (große Wandzeitungen) an die Öffentlichkeit gebracht hatte. Wei blieb – mit einer kurzen Unterbrechung von sechs Monaten Freilassung – bis 1997 inhaftiert.

Bezeichnenderweise hatte Wei Jingsheng am 17. Oktober, also kaum zwei Wochen nach der Unterzeichnung der Konvention, von den USA die Erlaubnis erhalten, im Land zu bleiben. Er wurde vom republikanischen Senator Abraham, der dem Asylausschuß des Kongresses vorsteht, als eines der „heldenhaftesten Individuen in der internationalen Menschenrechtsszene von heute“ bezeichnet (SCMP, 17.10.98). Wei bekleidet mittlerweile ein Lektorat an der „School of International Public Affairs“ der Columbia-Universität.

Ein zweites Jubiläum war der 50. Jahrestag der UNO-Menschenrechtserklärung vom 27. Oktober 1948.

Zu diesem Jahrestag fand in Beijing ein „International Symposium on World Human Rights towards the 21st Century“ statt, an dem 100 Experten aus 26 Ländern teilnahmen (XNA, 21.10.98).

Chinesische Vertreter auf dem Kongreß stellten die Verdienste der VR China im Sozialrechtsbereich sowie auch bei der Verbesserung des Gefängniswesens heraus (XNA, 25.10.98).

Am 30. Oktober endete in Beijing ein weiterer Kongreß, nämlich ein „Sino-

EU Seminar on Women's Rights', bei dem auch EU-Präsident Santer eine Ansprache hielt (XNA, 31.10.98).

Schon beim Besuch des britischen Ministerpräsidenten Blair in der VR China (8.-10.10.98) erhielten die Chinesen Gelegenheit, die praktische Umsetzung ihrer Menschenrechtsverpflichtungen unter Beweis zu stellen. Statt wenigstens diesmal Zurückhaltung an den Tag zu legen, zogen die Stasi-Behörden einen der führenden Regimegegner, Xu Wenli, durch Festnahme für mehrere Tage aus dem Verkehr.

Darin hinderten sie auch nicht Demonstrationen der Briten zum Funktionieren des britischen Justizsystems. Tony Blairs Ehefrau Cherie hatte Gelegenheit erhalten, eine Gerichtsverhandlung zu simulieren. Mit dieser Vorstellung, komplett mit Jury und britischen Richtern in Perücken, sollte den Chinesen demonstriert werden, wie ein fairer Prozeß ablaufen kann.

Die Staatssicherheit hat sich durch diese Demonstration aber offensichtlich nicht beeindrucken lassen.

Allerdings geht man mit bekannten Dissidenten heutzutage weitaus „zartfühlender“ um als in maoistischer Zeit. Oft werden sie einfach nur in Polizeibegleitung in ein Hotel gebracht oder zu Zwangsspaziergängen aufgefordert, während andere Beamte ihre Wohnungen durchsuchen und vor allem dafür sorgen, daß die „Einvornahme“ an die Öffentlichkeit – und vor allem an das Ohr des ausländischen Adressaten gelangt, dem mit einer solchen „Verhaftung“ angedeutet werden soll, was seine Gastgeber von früheren Aktionen seiner Regierung oder aber von seinen jetzigen Forderungen wirklich halten. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Praxis im Gefolge des Beitritts zur Menschenrechtskonvention jetzt an den Nagel gehängt wird. -we-

2 Tony Blair besucht die VR China

Vom 6. bis 10. Oktober besuchte der britische Ministerpräsident Beijing, Shanghai und die SVZ Hongkong.

Immer wieder betonten die Chinesen, daß es zwischen beiden Staaten mittlerweile eine veritable Zeitenwende gegeben habe, die durch zwei Ereignisse gekennzeichnet sei, nämlich durch

die Machtübernahme der British Labour Party im Mai 1997 und durch die Rückgabe Hongkongs an die VR China am 1. Juli 1997.

Bis dahin hätten die Beziehungen vielfach „geklemt“, vor allem infolge des unkooperativen Verhaltens des letzten britischen Gouverneurs von Hongkong, Chris Patten.

Blair machte seinen Gastgebern das Kompliment, daß die Übergabe zu besseren Ergebnissen geführt habe, als er, Blair, zunächst erwartet hatte. Wenn es zu einigen Eintrübungen gekommen sei, so habe daran die Asienkrise, und nicht die VR China, Schuld gehabt.

Zwei Entwicklungen rechnet die VR China dem Premier hoch an: Zum einen sei während seines Vorsitzes im Rat der EU die Entscheidung gefallen, daß Europa keinen weiteren Anti-China-Antrag an die UNO-Menschenrechtskonferenz mehr richten wolle; statt dessen solle es zu einem regelmäßigen Dialog zwischen der EU und China auf hoher Ebene kommen.

Zweitens haben sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten dynamisch entwickelt. Von Januar bis Juli 1998 habe sich das bilaterale Handelsvolumen bereits auf 3,48 Mrd. US\$ belaufen – 18% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; damit sei Großbritannien zum zweitgrößten Handelspartner Chinas unter den 15 EU-Nationen aufgerückt. Ende Juli habe sich die Zahl der britischen Investment-Projekte in China auf 2.226 sowie auf eine vereinbarte Summe von 14,23 Mrd. US\$ belaufen.

1999 will Jiang Zemin Großbritannien besuchen – dies wäre der erste Besuch eines chinesischen Präsidenten auf britischem Boden. -we-

3 Besuch des vietnamesischen Ministerpräsidenten in China

Vom 20. bis 24. Oktober 1998 besuchte der vietnamesische Ministerpräsident Phan Van Khai die VR China. Es war dies der erste Besuch eines vietnamesischen Premiers seit der Renormalisierung der bilateralen Beziehungen im Jahre 1991; entsprechend üppig fiel auch das Zeremoniell für den Gast und der Empfang durch sämtliche chinesische Spitzenpolitiker aus. Khai besuchte neben Beijing auch Suzhou in der Provinz Jiangsu, Hangzhou in der Provinz Zhejiang sowie die an Viet-

nam angrenzende Autonome Region Guangxi.

In Beijing wurden drei Abkommen unterzeichnet, nämlich über die Zusammenarbeit im Konsularbereich, über Kooperation im Justizwesen und über den Grenzhandel.

Khai verfolgte mit seiner Visite drei Hauptanliegen, nämlich die Lösung der Grenzprobleme, die Erweiterung des bilateralen Handels auf mindestens 2 Mrd. US\$ bis zum Jahr 2000 und vor allem den Aufbau von Vertrauenskapital (XNA, 25.10.98).

Grenzstreitigkeiten gibt es immer noch entlang der Landgrenze, ferner über die Delimitierung der Territorialansprüche im Golf von Tongking und über die beiden Inselgruppen im Südchinesischen Meer (vietnamesisch: „Ostmeer“), nämlich die Paracels und die Spratlys. Allerdings dürften die den beiden Seiten so wohlvertrauten düsteren Aspekte dieser Angelegenheiten bei den Verhandlungen in China kaum zur Sprache gekommen sein. Beide Seiten konzentrierten sich statt dessen darauf, Gemeinsamkeiten herauszustellen: Dazu gehört u.a. der feste Entschluß, alle Streitigkeiten über die Landgrenzen noch vor dem Jahr 2000 und die Streitigkeiten über die Abgrenzungen im Golf von Tongking spätestens im Jahr 2000 unter Dach und Fach zu bringen (XNA, 21. und 25.10.98). Dieses Vorhaben wurde auch bei den Gesprächen zwischen Phan Van Khai und Jiang Zemin betont. Von den Spratly-Inseln war allerdings auch diesmal nicht die Rede, da die Standpunkte hier nach wie vor allzu weit auseinanderklaffen.

Noch 1979 war es zwischen beiden Nachbarn zu einem Grenzkrieg gekommen, durch den China den Vietnamesen eine „Lektion“ des Inhalts erteilen wollte, daß die SRV gefälligst nicht länger mit der UdSSR zusammenarbeiten und auch die Politik des „Regionalhegemonismus“ gegenüber Laos und Kambodscha aufgeben solle. Der dreiwöchige Krieg kostete ungefähr 30.000 Soldaten das Leben. Es ist dies ein dunkler Punkt, um den beide Seiten heutzutage einen weiten Bogen zu machen pflegen, der im Hinterkopf aber stets präsent ist.

Was die zwei Eisenbahnverbindungen zwischen den beiden Nachbarländern anbelangt, so funktionieren sie mittlerweile fast reibungslos. Auch der Grenzhandel verläuft einigermä-

ßen friedlich, selbst wenn es zwischen- durch immer wieder zu kleineren Raz- zien oder zu gegenseitigen Vorwürfen der Unterstützung von Schmuggelak- tionen kommt. -we-

Innenpolitik

4 Plenartagung des Zentralko- mittees widmet sich Fragen der Landwirtschaft und länd- lichen Gesellschaft

Vom 12. bis zum 14. Oktober hat in Beijing das 3. Plenum des XV. Zentralkomitees der KPCh stattge- funden. Entgegen früherer Geheimhal- tungspraxis wurden Termin und all- gemeine Agenda des Plenums diesmal zuvor angekündigt. 185 Vollmitglie- der und 148 Kandidaten des Zentral- komitees nahmen an der Tagung teil (Xinhua, 10.-19.10.1998; JB, 1998/11, S.28-29).

Personalfragen waren nur ein unter- geordneter Gegenstand der Sitzungen: Cao Gangchuan, der die im Frühjahr neu errichtete VBA - Hauptabteilung für Rüstung leitet, wurde nun offizi- ell in die ZK - Militärkommission auf- genommen; Gerüchte über ein um- fassenderes Revirement an der Spitze der ZK - Militärkommission bestätig- ten sich jedoch nicht. Darüber hinaus gab es nur eine Veränderung im Zen- tralkomitee: Ein bisheriger ZK - Kan- didat, Ou Zegao, rückte für den ver- storbenen Wu Yixia in den Kreis der ZK - Vollmitglieder auf.

Fragen der Landwirtschaftspolitik und ländlichen Gesellschaftspolitik stan- den im Zentrum der Plenumsagen- da. Das Zentralkomitee bewertete im Rückblick die Auflösung der Volks- kommunen (Anfang der achtziger Jah- re) und die schrittweise Abkehr von der Planwirtschaft als ausgesprochen positiv für die ländliche Entwick- lung. Darüber hinaus verabschiedete das KP - Zentralkomitee einen „Bes- chluß über einige wichtige Fragen der Landwirtschaft und ländlichen Ar- beit“ (*Zhonggong zhongyang guanyu nongye he nongcun gongzuo ruogan zhongda wenti de jue ding*; siehe RM- RB, 19.10.1998).

Aus diesem Beschluß und den offizi- ellen Verlautbarungen des Plenums ge- hen nur wenige Informationen über

konkrete neue Maßnahmen hervor. Die Pachtverträge, die ländliche Pri- vathaushalte seit Anfang der achtzig- er Jahre über Ackerland abgeschlos- sen haben, sollen prinzipiell um weite- re dreißig Jahre verlängert werden, um den Bauern mehr Sicherheit für ihre langfristigen Investitionen und Erträ- ge zu geben. Es sollen „flexible und ef- fektive“ Maßnahmen angewandt wer- den, um nicht -staatliche Unternehmen zu größeren Investitionen in ländlichen Gebieten zu ermuntern. Das Distribu- tionssystem für Getreide soll tiefgrei- fend reformiert werden, wobei die „ma- kroökonomische Kontrolle“ des Staa- tes im Getreideankauf auf nicht nä- her bestimmte Weise mit den Stärken des Marktwettbewerbes beim Absatz verbunden werden soll. Insgesamt sol- len das unscharfe Kriterium der Nach- haltigkeit und die Förderung moder- ner Agrartechnologie eine größere Rol- le in der landwirtschaftlichen Entwick- lung spielen. Einkommen sowie ma- terieller und kultureller Lebensstan- dard der ländlichen Bevölkerung sol- len bis zum Jahr 2010 deutlich ange- hoben werden.

Um der sozialen und politischen Stabi- lität willen sollen die Parteizellen der KPCh in den Dörfern einer umfassen- den Überprüfung und personellen Er- neuerung unterzogen werden. Die Auf- sicht von Gemeinde-Parteikomitees und Dorf-Parteizellen über - in der Regel gewählte - Dorfvorsteher und Dorfkomitees sowie über erstarkte lo- kale Clans, Sekten und sonstige sozia- le Kräfte soll gestärkt werden. Schon in den Jahren 1994/95 hatte die Par- teizentrale versucht, mit Hilfe tausend- der Inspektoren und Arbeitsgruppen die Partei-Basisorgane in den Dörfern zu revitalisieren - offensichtlich oh- ne durchschlagenden Erfolg (siehe C.a. 1995/5, S.366).

Der Beschluß des Zentralkomitees gibt keine konkrete Antworten dar- auf, wie das wachsende Einkommens- und Chancengefälle zwischen städti- schen und ländlichen Räumen und die sich daraus ergebenden sozialen Spannungen in den nächsten Jahren verringert werden können. Die Pro- blematik des Systems der ländlichen Bodennutzung und der unzureichend gesicherten Eigentumsrechte, die eine wichtige Ursache für mangelnde Investitionsbereitschaft und Innovati- onsfähigkeit in der ländlichen Wirt- schaft sind, bleibt ungeachtet der Ver- längerung der Pachtfristen ungelöst (JB, 1998/11, S.29). Das Zentralko-

mittee hat lediglich klargestellt, daß eine nachhaltige wirtschaftliche sowie stabile soziale und politische Entwick- lung ohne eine verbesserte Förderung der ländlichen Wirtschaft und Gesell- schaft unmöglich sein wird. Einen pro- grammatischen Durchbruch stellen die vagen Empfehlungen und Forderun- gen des ZK jedoch nicht dar. -hei-

5 Der XIII. Nationale Gewerk- schaftskongreß: Arbeiterin- teressen verlieren an Gewicht

Vom 19. bis zum 24. Oktober fand in Beijing der XIII. Nationale Gewerk- schaftskongreß statt, an dem knapp 2.000 Gewerkschaftsfunktionäre aus allen Teilen des Landes teilnahmen (zum Aufbau und zu grundsätzlichen Fragen des Gewerkschaftssystems in der VR China vgl. „Gehemmter Wan- del: Gewerkschaften in der VR Chi- na“, in: C. a., 1997/1, S.45-50).

In den Redebeiträgen der anwesenden Politbüro- und Gewerkschaftsfunkti- onäre wurde deutlich, welcher Zerreiß- probe die alte sozialistische Gewerk- schaftsbürokratie durch die allgemei- nen Veränderungen im Wirtschaftss- ystem sowie insbesondere durch den Niedergang des staatlichen Industrie- sektors und um sich greifender Ar- beitslosigkeit ausgesetzt ist.

Der Stellvertretende Vorsitzende des Gesamtchinesischen Gewerkschafts- bundes, Zhang Dinghua, sah sich ver- anlaßt, die offenbar weitverbreitete „irrigte Vorstellung“ zurückzuweisen, „daß wir uns beim Aufbau einer so- zialistischen Marktwirtschaft nicht mehr auf die Arbeiterklasse stützen“. Andere Gewerkschaftsfunktionäre for- derten eine Ergänzung des Gewerk- schaftsgesetzes von 1982 um Bestim- mungen, die eine Obstruktion von Gewerkschaftsaktivitäten in Unter- nehmen durch das Management unter Strafe stellen. In vielen Betrieben wird eine aktive Gewerkschaftsarbeit durch Repressalien der Betriebsleitungen, durch Mißbrauch der betrieblichen Gewerkschaftsfonds (2% der Lohn- summe müssen von den Betrieben in solche Fonds einbezahlt werden) sowie durch Kollusion zwischen Manage- ment und Gewerkschaftsfunktionären verhindert.

Hu Jintao, der im Ständigen Ausschuß des Politbüros für die Organisations- arbeit der Kommunistischen Partei zuständig ist, stellte die gegenwärti- gen Kontraktionserscheinungen in der